- Arbeit sichern
- Medien/Gleichbehandlung
- Umwelt und Lebensraum
- Bürgerrechte ausbauen
- Tourismus fördern
- Datenschutz stärken
- Eurokrise Handlungskonzept
- Energie bezahlbar halten
- Europa der Regionen und der Identitätserhaltung
- Familien fördern
- Frauen Leistung und Bezahlung gleichstellen
- Finanzen Steuern senken
- Forschung in die Zukunft Investieren
- Freizeit und Sport für Jedermann
- Gesundheit Finanzierung sichern
- Gemeinden und Stadtentwicklung
- UNI/Hochschulen
- Integration Leitlinien Forderungen
- Internet und soziale Netzwerke
- Justiz und Recht
- Kultur und Brauchtum
- Landwirtschaft
- Schulsystem
- Jugend und Zukunft
- Religion/Religionsfreiheit
- Innere Sicherheit Polizei
- Alter Renten und Senioren
- Verbraucherrechte und Sicherheit
- Verkehr vernünftige Investitionen
- Wirtschaft Interessen sichern

30 Schwerpunkte

Wahlprogramm

DIE REPUBLIKANER REP

Erstellt und verantwortlich:

Die REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER (REP)
Johann Gärtner
Postfach 870210
13162 Berlin

Tel: (0211) 995 487 94
Fax: (0211) 995 487 13
E-Post: bund@rep.de
Internet: www.rep.de

Schwerpunkt im Wahlprogramm

Arbeit sichern

- Die Republikaner fordern sichere Arbeitsplätze und flächendeckend eine Entlohnung, von der die Menschen auch leben können.
- Dumping und Leiharbeit muss durch bessere rechtliche Kontrollen eingeschränkt werden.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist das politische Ziel der Republikaner.
- Dauer und Bezahlung von Zeitverträgen müssen gesetzlich geregelt werden.
- Wir wollen Chancen für ältere Arbeitnehmer schaffen, die am Arbeitsmarkt sonst auf der Strecke bleiben. Eines unserer Vorhaben dazu ist, Firmen bei Steuern zu begünstigen, die ältere Mitarbeiter neu einstellen oder anderen den Arbeitsplatz erhalten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen ihre Existenz selbst sichern können.
- Selbstständige müssen besser abgesichert werden. Dazu sind bezahlbare Tarife bei den Krankenversicherern wichtig,
- aber auch eine für alle offene Arbeitslosenversicherung zu gründen.
- Heimische Betriebe müssen auch im Anschluss an Kurzarbeit bei einer Krisensituation Förderung zur Existenzsicherung erhalten, unter der Bedingung, die Arbeitsplätze zu erhalten.
- Arbeitsfreie Sonn- und Feiertage müssen zum Schutz der Erholung wieder besser gesichert werden.
- Betriebe, die ausbilden, müssen den Aufwendungen entsprechende Steuernachlässe erhalten. Um das Ausbildungsangebot stabil zu halten, müssen betriebliche und externe Bildungsmaßnamen über staatliche Gelder finanziert werden.
- Der Eintritt in eine Lehre muss durch die Schulen mit realen Konzepten besser vorbereitet werden.

Unsere Partei fordert seit über 10 Jahren, Arbeitsplätze über den Mechanismus Steuerentlastung zu sichern und neu zu schaffen. Wir versprechen bei einem Einzug in die Parlamente: wir werden alles tun, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und zu schaffen.

› Arbeit sichern 04
› Medien/Gleichbehandlung 04
› Umwelt und Lebensraum 05
› Bürgerrechte ausbauen 06
› Tourismus fördern 06
› Datenschutz stärken 07
› Eurokrise Handlungskonzept 08
› Energie bezahlbar halten 09
› Europa der Regionen und der Identitätserhaltung 09
› Familien fördern 10
› Frauen Leistung und Bezahlung gleichstellen 11
› Finanzen Steuern senken 11
› Forschung in die Zukunft Investieren 12
› Freizeit und Sport für Jedermann 13
› Gesundheit Finanzierung sichern 13
› Gemeinden und Stadtentwicklung 14
› UNI/Hochschulen 15
› Integration Leitlinien Forderungen 15
› Internet und soziale Netzwerke 16
› Justiz und Recht 17
› Kultur und Brauchtum 17
› Landwirtschaft 18
› Schulsystem 19
› Jugend und Zukunft 20
› Religion/Religionsfreiheit 21
› Innere Sicherheit Polizei 22
› Alter Renten und Senioren 23
› Verbraucherrechte und Sicherheit 23
› Verkehr vernünftige Investitionen 24
› Wirtschaft Interessen sichern 25

1 Arbeit

Die Republikaner fordern sichere Arbeitsplätze und flächendeckend eine Entlohnung, von der die Menschen auch leben können.

- Dumping und Leiharbeit muss durch bessere rechtliche Kontrollen eingeschränkt werden.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist das politische Ziel der Republikaner.
- Dauer und Bezahlung von Zeitverträgen müssen gesetzlich geregelt werden.
- Wir wollen Chancen für ältere Arbeitnehmer schaffen, die am Arbeitsmarkt sonst auf der Strecke bleiben. Eines unserer Vorhaben dazu ist, Firmen bei Steuern zu begünstigen, die ältere Mitarbeiter neu einstellen oder anderen den Arbeitsplatz erhalten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen ihre Existenz selbst sichern können.
- Selbstständige müssen besser abgesichert werden. Dazu sind bezahlbare Tarife bei den Krankenversicherern wichtig, aber es gilt auch, eine für alle offene Arbeitslosenversicherung zu gründen.
- Heimische Betriebe müssen auch im Anschluss an Kurzarbeit bei einer Krisensituation Förderung zur Existenzsicherung erhalten, unter der Bedingung, die Arbeitsplätze zu erhalten.
- Arbeitsfreie Sonn- und Feiertage müssen zum Schutz der Erholung wieder besser gesichert werden.
- Betriebe, die ausbilden, müssen den Aufwendungen entsprechende Steuernachlässe erhalten. Um das Ausbildungsangebot stabil zu halten, müssen betriebliche und externe Bildungsmaßnamen über staatliche Gelder finanziert werden.
- Der Eintritt in eine Lehre muss durch die Schulen mit realen Konzepten besser vorbereitet werden.
- Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte darf nur gezielt und für kurzfristige Einsätze erfolgen. Bei der Zuwanderung gilt: Qualität vor Masse!
- Die Qualifizierung einheimischer Arbeitsloser und Jugendlicher hat Vorrang. Hierzu müssen Vereinbarungen mit den Betrieben getroffen werden.

Unsere Partei fordert seit über 10 Jahren, Arbeitsplätze über den Mechanismus Steuerentlastung zu sichern und neu zu schaffen. Wir versprechen bei einem Einzug in die Parlamente: wir werden alles tun, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und zu schaffen.

2 Medien / Gleichbehandlung

Die Republikaner wollen das duale Rundfunksystem – bestehend aus privaten und öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsendern – dahingehend stärken, dass eine Entpolitisierung der Aufsichtsgremien angestrebt wird.
Wir Republikaner würden eine freie, demokratische Berichterstattung – ohne Meinungszensur – sichern. Dazu ist eine ausgewogene Darstellung der deutschen Geschichte unerläßlich.

- Allen Verlagen muss die Chance eröffnet werden, Qualitätsjournalismus über alle Verbreitungsformen und Wege zu ermöglichen.
- Es soll somit jede Art an Vielfalt und soviel Meinungsfreiheit wie nur möglich gewährleistet werden.

- Bei Gefährdung dieser Vielfalt durch Meinungsmacht und politische Zensur müssen wirksame Gesetze geschaffen werden, um effiziente Schutzmaßnahmen dagegen zu ergreifen.
- Die Republikaner werden sich dafür einsetzen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Sendungen den Nutzern zeitlich unbeschränkt und kostenfrei im Internet zur Verfügung stellt. Das Thema Medienkompetenz soll in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden mit der Auflage, damit keine politisch einseitige Meinungsbeeinflussung zu betreiben.
- Um den Nutzern zu ermöglichen, sich selbst ein Meinungsbild zu machen, muss per Gesetz sichergestellt werden, dass alle demokratisch legitimierte - an Wahlen teilnehmenden - Parteien nach Proporz bei allen Medien im Sinne der Gleichbehandlung berücksichtigt werden müssen.
- Dabei verweisen die Republikaner auf das Parteiengesetz. Dieses verpflichtet Parteien dazu, ein breites Meinungsspektrum zu schaffen.
- Wir Republikaner lehnen den verfassungswidrigen Staatsvertrag zu Gunsten eines Zwangs zur Zahlungnahme der Bürger ab (unsere Verfassungsklage läuft).
- Bei Inseratschaltungen zur Bürgerinformation muss per Gesetz der Gleichbehandlungsgrundsatz verbindlich geschaffen werden.
- Alle vom Bürger finanzierten Medien müssen bei politischen Gesprächsrunden allen im demokratischen Spektrum verankerten Parteien gleiche Chancen einer Teilnahme gesetzverbindlich ermöglichen, damit der Zuschauer zur Erlangung eines eigenen Meinungsbildes kommen kann.
- Der Einfluss der Parteien in den Rundfunk- und Fernsehräten muß verringert werden.

3 Umwelt und Lebensraum

Wir Republikaner sehen Umwelt, Tier- und Naturschutz für uns als eine der wichtigsten Prämissen. Mit ökonomischer Vernunft, sozialen Aspekten und ökologischer Verantwortung muss dabei ein Einklang hergestellt werden. Unser Land muss beim Klimaschutz Vorreiter sein.

- Die Republikaner wollen in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbetrieben die CO2-Emissionen weiter reduzieren. Unser Land ist Vorreiter als Öko-Region, darin müssen aber auch unsere Wirtschaftsstandorte ihren Platz haben.
- Die Ökologisierungsmaßnahmen müssen unter Einbeziehung der Wirtschaft und Industrie vorangetrieben werden, um die notwendigen Marktchanen zu sichern.
- Die Republikaner bekennen sich zu den Kraftwerksstandorten und sind für Investitionen in effiziente neue umweltfreundliche Technologien, um den Einsatz von Energie und Rohstoffen drastisch zu senken, um damit den Klimaschutz zu verbessern. Anlagen mit CO2-Abscheidung müssen steuerlich verbessert gefördert werden.
- Gleichzeitig soll die Nutzung erneuerbarer Energien stark - aber nur im Einklang mit der Vereinbarkeit mit dem Landschaftsbild - ausgeweitet werden.

- Unsere Zielsetzung ist, den Energieverbrauch insgesamt zu senken. Um das zu erreichen, wollen wir die Menschen beim Einsparen unterstützen mit Finanzierungsmodellen für sparsamere Fahrzeuge und Elektrogeräte.
- Unsere Meinung zum Atomausstieg seit über zehn Jahren: ein einseitiger Ausstieg - und damit eine enorme Verteuerung der Stromkosten ohne mehr Sicherheit - sind dem Bürger gegenüber nicht vertretbar. Deshalb Ausstieg aus der Kernenergie nur mit einem gemeinsamen europäischen Ausstiegskonzept.
- Es soll ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung privater Wohnhäuser und zur Schaffung von Null-Emissionsregionen geben. Hierbei muß die Erhaltung historischer Altbauten berücksichtigt werden.
- Industrieanlagen müssen ihre Emissionen weiter senken.
- Der Schutz unseres Trinkwassers ist eines unserer wichtigsten Anliegen. Das wichtigste Lebensmittel muss vor Verunreinigungen geschützt werden.

Wir Republikaner kämpfen gegen die Pläne der EU, unser Wasser zu privatisieren. Unser Wasser muss weiter in der Region verwaltet werden.
Tiere sind – wie der Mensch – die wichtigsten Bestandteile unserer Umwelt. Der Tierschutz wird in folgenden Kernaussagen von uns geprägt:
Tiere müssen als Mitgeschöpfe geachtet und vor Grausamkeiten geschützt werden.
Artgerechte Pflege und Haltung sind Vorrausetzung für Tierhaltung.

4 Bürgerrechte ausbauen

Die Republikaner wollen die Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie stärken.

- Wenn die Republikaner in die Parlamente kommen, wollen sie eine offene und transparente Politik machen.
- Zustimmungshürden und Fristen für Volksbegehren und Bürgerentscheide sollen einfacher werden. Bürger und Volksentscheide – nach Schweizervorbild – werden wir anstreben.
- Öffentliche Daten und Informationen sollen maschinenlesbar und in offenen Formaten kostenlos jedem Bürger zur Verfügung gestellt werden.
- Unser Ziel ist es, die Arbeit der Regierung und Verwaltung nachvollziehbar zu machen.
- Partizipation der Bürger an Entscheidungen soll gefördert und das E-Formularangebot per Internet ausgebaut werden.

Unser Wahlspruch: Demokratie muss vom und mit dem Volk mit der höchst möglichen Beteiligung an wichtigen Entscheidungen gelebt werden.

5 Tourismus fördern

Wir Republikaner werden die ländlichen Räume nutzen, um im Bereich Tourismus mit Zuschüssen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem in der Nähe zu den Ballungsräumen besteht generell ein großes Nachfragepotential.

- Die Tourismusbranche soll - im Einklang mit Belangen von Mensch und Umwelt - entwickelt werden.
- Auch die Radverkehrsnetze in unserem Land müssen - bei Bedarfsnachweis - weiter gefördert werden und touristischen Anforderungen langfristig gerecht werden.
- In strukturschwächeren Gebieten muss die Förderung der Kommunen erhöht werden bei der Schaffung neuer Tourismuszweige durch fördernde Investitionen.
- Im Bereich der Landstriche mit Seen und Badegewässer werden die zuständigen Kommunen angehalten, für mehr öffentlichen Zugang für jedermann zu sorgen.

Touristische Förderung muss unter die Auflage gestellt werden, Kinder-, Behinderten- und Altengerecht zu planen.

6 Datenschutz stärken

Die absolute Unabhängigkeit des Landesdatenschutzbeauftragten in Bayern muss durch ausreichende Personalmittel gesichert werden.
Die Republikaner haben das Ziel, wirksamere Sanktionierungsmöglichkeiten für Datenschutzvergehen einzuführen.

- Republikaner werden sich für ein bundesweites verschärftes Datenschutzgesetz einsetzen. Datenschutzbeauftragte müssen - ähnlich wie Betriebsräte - einen stärkeren rechtlichen Schutz bekommen.
- Vorratsdatenspeicherung durch Behörden und Wirtschaft muss enge rechtliche Grenzen gesetzt werden.
- Netzneutralität und Weiterleitung von Datenpaketen durch die Provider muss gesetzlich gesichert werden.
- Datenfishing zu politischen und kommerziellen Zwecken muss bekämpft werden.
- Die Privatsphäre muss geschützt und unantastbar bleiben.

Überwachungsmethoden bis in den Privatbereich hinein dürfen nur nach eindeutiger Beweislage durchgeführt werden. Die Weitergabe aller persönlichen Daten durch Ämter muss mit Strafen belegt werden.

7 Eurokrise / Handlungskonzept

Aus Sicht der Republikaner ist eine Krise das politische Endprodukt einer falschen Ideologie, in der nicht unsere Bürger im Mittelpunkt stehen, sondern nur die Profitmaximierung. Dem Einfluss dieses Lobbyismus auf die Politik würden die Republikaner ein Ende setzen.
Die Wirtschaft, der Staat und die Banken müssen wieder für die Menschen da sein, nicht umgekehrt.

- Die Republikaner wollen eine Anschlussförderung für auslaufende Kurzarbeit erreichen, damit nicht hauptsächlich die Arbeitnehmer allein die Krisenlasten tragen müssen.
- Um auch weiter Ausbildungsplätze bei Wirtschaftskrisen sicher zu stellen, muss dies auch mit Hilfe öffentlicher Finanzierung gewährleistet werden, um den Ausbildungsmarkt in Krisenzeiten zu stabilisieren.
- Die Republikaner wollen weiter die freie Marktwirtschaft sichern, aber besonders dem Finanzmarkt künftig Grenzen setzen.
- Eine Steuer auf den Handel mit Wertpapieren sehen die Republikaner als unsinnig an, solange das nur auf einige Länder begrenzt wäre.
- Die für die Finanzkrisen Verantwortlichen sind an der Beseitigung der finanziellen Folgen der Krise zu beteiligen.
- Bei jeder staatlichen Hilfe muss das Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ beachtet werden.
- Für Banken, die durch individuelles Fehlverhalten in Not geraten, soll das nachhaltige Falschverhalten juristische Folgen haben.

Die Forderung der Republikaner: Politiker, die zum Schaden unseres Landes dem ESM-Rettungsschirm – mit einer für Deutschland unbezahlbaren Haftung – zugestimmt haben, müssen sich nach Eintritt des Schadensfalls eine Regreßmöglichkeit geprüft werden.

8 Energie bezahlbar halten

Die Republikaner setzen sich für den Erhalt der bestehenden Kraftwerksstandorte ein und wollen den Bau neuer hocheffizienter und klimafreundlicher Kraftwerke fördern. Nicht effiziente und gesundheitsbelastende/veraltete Kraftwerke sollen abgebaut werden.

Die Republikaner sehen den einseitigen bundesdeutschen Atomausstieg sehr skeptisch und fordern einen europäischen Gesamtausstieg, denn ohne diese Maßnahme haben die Deutschen nur einen enormen Anstieg der Energiekosten, aber kein Quäntchen Sicherheit mehr.

- Der Ausbau von Nah- und Fernwärme muss mit Programmen gefördert werden, um die Wärme, die bei Stromproduktion und anderen Energie gewinnenden Vorgängen entsteht, umfänglich zu nutzen.
- Braunkohle soll solange nicht weiter abgebaut werden, wie der Import wesentlich billiger unseren Bedarf deckt.
- Auch der Sockelbergbau in der Steinkohle muss zur zukünftigen Versorgung unserer Nachkommen erhalten bleiben.
- Der Anteil regenerativer Energien soll gesteigert werden, aber nur unter dem Gebot, dass Lebensmittel und die Versorgung dadurch nicht beeinträchtigt wird.
- Ineffiziente und laute Windräder müssen durch strengere Genehmigungsverfahren - unter Einbeziehung der Anlieger - verhindert werden. Nur leise und leistungsfähige Anlagen haben somit Genehmigungsfähigkeit.
- Der Energiemarkt darf nicht nur von den großen Kartellen beherrscht werden. Die Republikaner werden Stadtwerke und mittlere Erzeuger stärken und fördern.

Wir sehen uns beauftragt, alles zu tun, um den Energiebedarf unserer Bürger bezahlbar zu halten. Wasserkraftwerke sehen wir – unter Ausschöpfung vieler neuer Konzeptionsmöglichkeiten (Beispiel Hochpumptechnik usw.) – als besonders förderwürdig. Bei allen Planungsvorhaben im Bereich Energieanlagen muss in erster Linie die Einbindung in unser Landschaftsbild gewährleistet sein.
Wir Republikaner lehnen Fracking aus Umweltschutzgründen (Grundwassergefährdung) ab.

9 Europa der Regionen und der Identitätserhaltung

Europa muss aus Sicht der Republikaner eine Repräsentanz aller europäischen Nationalstaaten sein. Das Europa einer friedlichen Zusammenarbeit unter einem Dach aller föderalistischen Länder und Regionen, mit wirtschaftlichem Wohl für alle.

- Unser Kontinent muss in der Vielfallt der nationalen Identitäten und gewachsenen Kulturen erhalten bleiben.
- Grenzübergreifende regionale und nationale wirtschaftliche Zusammenarbeit soll weiter ausgebaut werden.

- Die Förderung des Strukturfonds der EU muss auf die Strukturwandelprozesse und der Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ausgelegt sein.
- Armut und Arbeitslosigkeit müssen durch starke Wirtschaftskraft gemeinsam bekämpft werden.

Für Republikaner ist eine weitere Transferunion nicht tragbar. Jeder Staat hat in eigener Souveränität seine Wirtschaft und die Finanzen zu sichern. Haftungen sind nicht auf andere zu verlagern.
Den ESM Rettungsschirm, der Deutschland in eine nicht bezahlbare Haftung nimmt, lehnen die Republikaner ab. Wir fordern die Wiedereinführung der D-Mark.

10 Familien fördern

Die Republikaner wollen familiengerechte staatliche Förderbedingungen mit Betreuungsangeboten, aber ohne die Einschränkung der Förderungen bei Eltern, die ihre Kinder selbst bis zur Schulreife erziehen.

- Die Wahlmöglichkeit muss den Eltern überlassen werden. Deshalb fordern wir für jedes Kind einen Förderbetrag von 300 Euro. Mit diesem Förderbetrag wird für Eltern, die sich für Kindertagesstätten entscheiden, der Besuch der Kinder gebührenfrei.
- Die Finanzierung erfolgt durch Land und Bund.
- Die Kommunen müssen – mit Förderbeteiligung durch Land und Bund – zum Ausbau oder Neuerstellung von Einrichtungen zur Unterbringung von unter Dreijährigen verpflichtet werden.
- Das Betreuungs-Angebot muss hochwertig erstellt werden, um Kinder mit Einbeziehung ihrer Eltern individuell zu fördern.
- In den Angeboten müssen sowohl Familienhilfe wie auch Gesundheitsvorsorge integriert sein.
- Die Republikaner befürworten ein Angebot, das möglichst früh eine auf die Kinder und deren Begabungen maßgeschneiderte Kinderbildung fördert.
- Die generelle Stichtagsregelung für den Eintritt in die Grundschule lehnen Die Republikaner ab.
- Die Entscheidung über den Schulbeginn des Kindes müssen Eltern und Pädagogen gemeinsam befürworten.
- Die Republikaner wollen gute Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder innerhalb und außerhalb der Familie schaffen.
- Im Kampf gegen Kinderarmut hat eine Grundsicherung Priorität.
- Eltern müssen in die Lage versetzt werden, den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder mit eigener Arbeit zu verdienen.
- Wir befürworten eine Kindergrundsicherung, die das sächliche Existenzminimum und die Aufwendungen für Bildung, Betreuung und Erziehung sichert. Deshalb lautet unsere Forderung schon seit vielen Jahren 1000 Euro Gesamtleistung pro Kind.

Eine Forderung unserer Partei ist die vom Verfassungsgericht vorgegebene Änderung bei der Erziehungsberechtigung. Das Mitentscheidungsrecht für Väter aus nicht ehelicher Gemeinschaft ist gesetzlich schnellstens zu verankern.

11 Gleichstellung

Republikaner fordern eine Geschlechter unabhängige Lohngerechtigkeit. Frauenquoten sind nicht effizient. Wir sind für gerechte Qualifizierungsangebote. Männern und Frauen müssen bei Ausbildung und Qualifizierungen gleiche Chancen zugesichert werden.

- Bei identischen Leistungs- und Ausbildungsnachweisen erübrigt sich auch in Führungs- und Aufsichtsratsgremien durch Sicherung der Chancengleichheit die Besetzung der Führungspositionen und Aufsichtsratsmandate gesetzlich zu regeln.

Republikaner lehnen das Umlegen des Ehegattensplitting auf gleichgeschlechtliche Ehen ab. Der Gleichheitsgrundsatz zur Erlangung dieser Steuervergünstigung ist in diesem Falle in der Mehrheit nicht vorhanden. Der Schutz der Familie mit Kindern und damit deren Anerkennung der zusätzlichen finanziellen Lasten durch die Splittingregelung steht für uns im Vordergrund.

12 Steuern

Der Steuersenkungsplan der Republikaner hat die Zielsetzung, Arbeit in Deutschland muss sich wieder lohnen. Deshalb ist folgendes vorgesehen: eine Vermögenssteuer muss verhindert werden, da diese durch Gutachten von Finanzexperten eine Kapitalflucht bis zu ca. 300 Milliarden auslösen würde.

- Eine Börsenumsatzsteuer könnten die Republikaner nur empfehlen, wenn diese in allen Europäischen Ländern eingeführt würde.
- Zwingend notwendig zur Sicherung der Inlandsnachfrage ist eine Senkung des Spitzensteuersatzes.
- Darüber hinaus muß die Erbschaftssteuer abgeschafft werden.
- Weiter würden wir bei Rentnerehepaaren den Steuerfreibetrag auf 2.200 Euro monatlich erhöhen.
- Das Ehegattensplitting darf nur für Familien im herkömmlichen Sinn gelten denn dieser Personenkreis sichert mit Kindern unseren Staat. Deshalb unsere fast seit 30 Jahren bestehende Forderung bei allen für die Mehrheit unserer Bevölkerung wichtigen Entscheidungen verpflichtend eine Volksabstimmung durch zu führen.
- Fremdleistungen und Fremdrenten dürfen nicht weiter aus der Solidarkasse der Rentenversicherungen finanziert werden, sondern müssen über den Haushalt / über die Steuereinnahmen ausgewiesen werden.
- Wir treten für die Abschaffung der Kfz-Steuer ein und kompensieren den Wegfall mit einer Strassen-Vignette analog zur Schweiz, um endlich auch den privaten Durchgangsverkehr ausländischer Fahrzeuge an den Instandhaltungskosten der Straßen zu beteiligen. Mittelfristig wollen die Republikaner ein umfassendes, flexibles und planungssicheres kommunales Finanzsystem schaffen.
- Kommunale Unternehmen müssen auch weiterhin von der Umsatzsteuer befreit sein. Kleine und mittlere Unternehmen dürfen nicht weiter durch eine oft zu schnell verfügte Kontensperrung in ihrer Existenz gefährdet werden.

- Für uns gilt der Grundsatz: Steuersenkung bringt mehr Steuereinahmen.
- Der Steuerfreibetrag ist bei Ehepaaren auf 4000 Euro und bei Alleinstehenden auf 2000 Euro zu erhöhen, um den gestiegenen Sonderausgaben Rechnung zu tragen.

Unsere Forderung zur explosionsartigen Steigerung der Energiekosten ist die ersatzlose Streichung der Ökosteuer analog zur Einfrierung weiterer Steuerkoppelung an den steigenden Rohstoffpreisen (Beispiel: 1 Liter Benzin kostet am Tag X = 1,60 Euro, dann ist das der Richtwert für die Besteuerung (ca.76 % des Literpreises), um bei weiteren Rohstoffsteigerungen die Preise nicht mehr hoch zu treiben.

13 Forschung

Die langfristige Strategie der Republikaner zielt auf eine bessere Koordination und Förderung der Entwicklung innovativer Produkte. Dazu müssen Wissenschaft und Wirtschaft enger in ihrer Zusammenarbeit vernetzt werden.
Unser angestrebtes Ziel ist es, Wachstum durch Forschung und Innovation vorrangig zu fördern, um damit neue, sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

- Wir wollen ausgesuchte erfolgsversprechende Forschungsprojekte aller Zukunftstechnologien besonders fördern.
- Wir Republikaner sehen mit der Verbesserung bis hin zur Verdoppelung der Fördermittel in medizinischen Bereichen eine in der Zukunft enorme Kostenreduzierung, durch Vorbeugung und Verhinderung – vor allem bei typischen Alterskrankheiten (z. B. Demenz, Alzheimer, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen).
- Dazu müssen weitere Forschungszentren gegründet und mit den nötigen Finanzmittel ausgestattet werden, um Krankheiten nachhaltiger zu erforschen und diese besser behandeln oder verhindern zu können.
- Ein besonders Anliegen der Republikaner ist die Verbesserung der staatlichen Förderung der Forschung in den Bereichen Trinkwasseraufbereitung, gewässerangepasster Wasserkraftwerke sowie in alternative Antriebs- und Treibstoffe.
- In Bildung und Forschung muss - um diese Zielsetzungen zu erreichen - vom Staat 50 % mehr investiert werden.

Forschungsergebnisse, die durch öffentliche Förderung erzielt und vermarktet werden, müssen auch öffentlichen Institutionen Lizenzgebührenfrei zur Verfügung stehen. Die Unterstützung von Lizenzverfahren lehnen wir ab. Deutsche Forschung und Lizenzen müssen vor ausländischen Plagiaten und Industriespionage besser gesetzlich geschützt werden.

14 Sport

Republikaner fordern, bürgerschaftliches Engagement im Sport verstärkt zu fördern. Sportstätten für die Allgemeinheit und den Breitensport müssen Bestandsschutz haben, Mitglieds- und Nutzungsbeiträge müssen den sozialen Gegebenheiten angepasst sein.

- Schulen sollen personell mit mehr Lehrern ausgestattet werden, um den Sportunterricht im vorgesehenen Umfang durchführen zu können.
- Besonders wollen wir den Behinderten- und den Leistungssport fördern.
- Alle Aktivitäten zur Unterstützung von Talenten sind zu fördern.
- Dabei legen wir Republikaner besonderen Wert auf Chancengleichheit.
- Ehrenamtliche Arbeit, ohne die es vielfach - vor allem in der Jugendarbeit - nicht geht, bedarf besonderer Förderung, wie z.B. von Übungsleitern usw. Durch eine erweiterte Abschreibung beim Jahresausgleich soll dies honoriert werden.
- Der pauschalen unter Verdacht-Stellung der Sportschützen muss Einhalt geboten werden. Dieser Massensport darf nicht zu „Tode“ reglementiert werden.
- Die Angebote für den Schulsport müssen flächendeckend bezüglich Sportstätten und Equipment besser gefördert werden.

Bei langfristigen Landesplanungen muss eine Sportstätten-Konzeption mit ausgewiesen werden.

15 Gesundheit

Die Republikaner stehen für ein zukunftsorientiertes- und leistungsfähiges Gesundheitswesen, bei dem alle - unabhängig von Alter und sozialer Situation - die optimalste Gesundheitsversorgung erhalten. Wir vertreten das Prinzip der paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zur Sicherung der soliden Finanzierung müssen endlich die enormen Leistungen, die für Menschen - die keine Zahlungen in den Solidaritätstopf leisteten (Zuwanderer, Aussiedler oder Kostenübernahme für Verwandte in Drittstaaten usw.) - über den Staatshaushalt abgewickelt werden.

- Es muß eine flächendeckende, bedarfsgerechte und für jeden aus der Solidaritätsgemeinschaft zugängliche medizinische Versorgung sichergestellt werden.
- Auch in ländlichen Regionen soll die Basisversorgung durch Hausärzte und Krankenhäuser langfristig gesichert werden.
- Die Krankenhausplanung soll in der Verantwortung des Landes bleiben – und nicht nur an Gewinnen orientierte Investoren übertragen werden.
- Der Kostenaufwand der Krankenhausträger muss am Bedarf besser angepasst werden.

- Um die in unserem Land explodierenden Kosten für Medikamente einzudämmen, ist zwingend notwendig, mehr Konkurrenz durch gleichwertigen Reimport zur Preisregulierung zuzulassen.
- Wir fordern, von Ärzten und Wissenschaftlern erstellte Positivlisten nachweislich wirksamer Medikamente und diese der Öffentlichkeit zukommen zu lassen.
- Die Position eines unabhängigen Patientenbeauftragten soll eingeführt werden, um keine Zwei-Klassen-Medizin zu fördern.
- Die Patientenrechte müssen weitgehender gestärkt und transparenter gemacht werden. Auch Angebote zur Prävention, zur Gesundheitsförderung, müssen gestärkt werden.
- Die Löhne im Gesundheitswesen müssen den Leistungen, der Ausbildung und der Qualifikation des Personals entsprechend angepasst werden.
- Es muss eine notwendige - in die Zukunft gerichtete - Sicherung des rapid steigenden Altenpflegebedarfs durch Ausbildung und Investitionsanreize geschaffen werden.

Im Rahmen dieser Schwerpunkte würden sich die Republikaner bei einer Wahl in den Landtag über Bayern für nötige Maßnahmen zur Umsetzung unserer Vorschläge auf Bundesebene einsetzen.

16 Stadtentwicklung

Für uns Republikaner ist angesichts der prekären Situation am Wohnungsmarkt (300.000 Wohnungen fehlen) die Städtebauförderung besonders wichtig, um dadurch Wohnungen zu schaffen und die Wohnumfeld-Qualität in bestehenden Siedlungen zu verbessern.

- Um den Wildwuchs zu verhindern, immer neue Flächen zu bebauen, muss der Wiedernutzung von Brachflächen und Baulücken Vorrang gegeben werden.
- Förderungen zur Ausweitung der Siedlungsflächen sollen ohne Bedarfsanalysen zur Notwendigkeit eingeschränkt werden, im Gegenzug soll die ökologische Aufwertung von Flächen den Kommunen besser honoriert werden. Nachdrücklich werden wir den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau mit einer sicheren Finanzierungsförderung unterstützen. Die degressive Abschreibung muss wieder eingeführt werden, um Investoren für den Wohnungsbau zu gewinnen.
- Wir Republikaner setzen uns für eine Verkürzung und Vereinfachung bei Baugenehmigungsverfahren ein.
- Bei Förderung von denkmalgeschützten Gebäuden müssen die Belange der Besitzer besser eingebunden werden.
- Die Maßgaben bezüglich berechtigten Eigenbedarfs müssen für Besitzer dahingehend verbessert werden, dass ein Räumungsanspruch im Rahmen von sechs Monaten zu realisieren ist.

17 Hochschulen und Universitäten

Republikaner wenden sich gegen Studiengebühren. Hochschulen sollen staatlich finanziert werden, um auch international konkurrenzfähig zu sein und um jedem seiner Qualifikation entsprechend beste Studienbedingungen bieten.
Wir Republikaner fordern aber, dass lernunwillige Studenten – die selbstverschuldet die vom Staat finanzierten Semester mehr als einmal wiederholen – anteilig Studiengebühren zurückzahlen müssen.

- Um unseren Wirtschaftsstandort zu sichern, müssten bis zu einem Zehntel des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Bildung in den Haushalt eingestellt werden.
- Bafög-Sätze sollen flexibilisiert werden, um den wirtschaftlichen Verhältnissen gerechter zu werden.
- Wir lehnen eine ausschließliche Unterstützung der Studenten durch Stipendien ab. Hochschulen und Unikliniken müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben. Eine Privatisierung lehnen wir ab.
- Bachelor und Masterstudiengänge sollen grundlegend novelliert werden, um eine Verbesserung der Ausbildung zu erreichen. Somit ist auch mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen, um so transparente Vergleichbarkeit zu bieten.
- Alle Studenten, die die Voraussetzungen erfüllen, sollen einen Masterstudienplatz bekommen.
- Mitarbeiter an den Hochschulen sollen tariflich abgesichert bezahlt werden.
- Die Republikaner wollen starke studentische Eigeninnovationen, ein breites Angebot an Studiengängen und bedarfsgerechte Kapazitäten an den Hochschulen.
- In Forschung und Lehre soll der Durchschnittsetat den Erfordernissen entsprechend erhöht werden.

Wir treten dafür ein, dass den Abiturienten genügend Studienplätze zur Verfügung stehen. Weiterbildung von Menschen mit Berufsabschluss muss bezüglich Unterstützung und Zuwendungen und Öffnung aller Bildungsmöglichkeiten mit Studenten gleichgestellt werden.

18 Integration

Für uns Republikaner bedeutet Integration, dass jeder aktiv an seiner gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung zeitnah mitarbeitet.
Integration muss als Bringschuld der Einwanderer gefordert werden. Um Migranten die gleichen Bildungschancen wie für Deutsche zu sichern, ist verpflichtend dafür zu sorgen, dass alle Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen.
Flüchtlingen und Einwanderern, die sich seit Jahren in Deutschland aufhalten, aber die Kultur und die europäische Lebensart durch Integrationsverweigerung ablehnen, soll das Aufenthaltsrecht entzogen werden.

- Ein Assimilationstest ist zwingend notwendig, um Integration zu gewährleisten.
- Ergeben die Tests nach 18 Monaten Aufenthalt sprachlich und kulturell ersichtliches Desinteresse an einer Mitarbeit zur Integration, muss eine Ausweisung erfolgen.
- Ebenso sofortige Ausweisung nach rechtsgültiger Verurteilung wegen bei uns begangener Straftaten.
- Dazu ist die Eintragung in ein länderübergreifendes Bundesdatenregister erforderlich.
- Die Republikaner unterstützen die freie Religionsausübung und das Recht, eigene Gebetsräume zu errichten, mit der Einschränkung, dass Bauwerke unserer abendländischen Kultur angepasst werden.
- Das Kommunalwahlrecht darf nur bei uns lebenden EU Bürgern vorbehalten bleiben.

Menschen mit Migrationshintergrund, die sich mit Deutschland identifiziert und sich in unsere Kultur und Lebensart eingebracht haben und damit ihre Assimilierung bestätigen, sollen alle Rechte und Möglichkeiten nach den Maßgaben der in unserem Land geborenen Bürger offenstehen. Wir sind für die Schaffung gesetzlicher Voraussetzung zur Abschiebung militanter und gewaltbereiter Religionsfanatiker (Hassprediger) in deren Herkunftsländer.

19 Internet Netzwerke

Wir Republikaner werden uns für den Ausbau schneller breitbandiger Internetverbindungen einsetzen, damit unser Land nicht weiter in verschiedenen Regionen unterversorgt bleibt. Die Republikaner sind gegen Internetsperren und sprechen sich stattdessen für eine effektivere Strafverfolgung bei Internetkriminalität aus.

- Die unzensierte Struktur des Internets darf nicht beeinträchtigt werden.
- Dabei muss umgesetzt werden, Netzprovider gesetzlich zu verpflichten, Inhalte unzensiert an die Kunden zu leiten.
- Weiter muss an allen Schulen verstärkt mehr Hardware zur Verfügung gestellt werden, um den Zugang aller Schüler zur Informatik zu ermöglichen.
- Dabei wollen wir den Ausbau des Lehrangebotes in Informatik weitflächiger ausbauen.
- Die Bekämpfung der zunehmenden Internet-Kriminalität erfordert die personelle Verstärkung der Polizei durch Aufstockung der Abteilungen und mehr Ausbildung gut ausgebildeter Spezialisten.

Die Datenschutzbeauftragten in Bund und Ländern müssen bessere Eingriffsbefugnisse bekommen, um verstärkt den Datentransfer nach demokratischen Maßstäben frei und unabhängig zu sichern. In den sozialen Netzwerken muss die freie Meinungsäußerung unantastbar bleiben.

20 Justiz und Kriminalität

Die Republikaner setzen sich dafür ein, unsere Justiz wieder mit dem für die Sicherung unseres Rechtsstaats notwendigen Personal auszustatten, damit überlange Verfahrensdauer die Bürger nicht über Gebühr behindert, ihre Rechte zu verteidigen. Besonders im Jugendstrafrecht müssen die Verfahren beschleunigt werden, um der Tat auch möglichst nach kurzer Zeit die Strafe folgen zu lassen.

- Strafverfolgung und Jugendhilfe sollen besser vernetzt und Gewaltpräventionsangebote ausgebaut werden.
- Zur Entlastung der Gerichte soll die außergerichtliche Streitschlichtung gestärkt werden.
- Wir wollen Schnellverfahren (48 Stunden) an den Grenzen wie in Österreich und Frankreich.

Die Republikaner fordern zur Verbesserung der Prävention gegen Straftäter - analog zur Gewerkschaft der Polizei - wieder die Aufschlüsslung der Jahresstraftatstatistik in von Ausländern begangene Straftaten, Personen mit Migrations-Hintergrund und Deutschen ohne Migration. Der immer weiter zunehmende politische Druck auf unsere Rechtsprechung muss - um die Unabhängigkeit unserer Richter zu garantieren - von der Öffentlichkeit bekämpft werden.

21 Kunst und Kultur

Kultur und Kunst dürfen nicht der Luxus für wenige sein.

- Für Kinder und Jugendliche fordern die Republikaner ein besseres Heranführen an Kunst und Kultur, um sie mit altersgerechten Angeboten für kulturelle Einrichtungen zu interessieren.
- Die Republikaner werden eine Gesetzesvorlage einbringen, die Aufgaben und Finanzierung öffentlicher Bibliotheken sichert und regelt.
- Republikaner werden sich für die Belange heimischer Künstler einsetzen, um unsere in Jahrhunderten gewachsene heimatliche Kultur zu sichern.
- Für den Erhalt unseres Brauchtums und des Geschichtsbewusstseins müssen projekt- bezoge Förderungsmittel über die Haushalte eingestellt werden.

22 Landwirtschaft

Republikaner werden sich stark machen, Leistungen der Landwirte zur Erhaltung der Kulturlandschaft verstärkt zu fördern. Durch umsetzbare Zielvereinbarungen sollen Boden- und Artenvielfalt besser geschützt werden.
Nach den Kürzungen der EU-Zuschüsse 2013 müssen die Leistungen der Landwirte für den Naturschutz verstärkt vom Staat ersetzt werden.

- Haltung und Transport landwirtschaftlicher Nutztiere muss tiergerechter geregelt werden.
- Schlachttiertransporte von lebenden Tieren dürfen nur noch zum nächstmöglichen Schlachthof getätigt werden,
- weitere Transporte dürfen nur per Kühlwagen erfolgen. Dazu muß das „Schlachthof-Sterben“ sofort gestoppt werden.
- Um das umzusetzen, müssen die Subventionen für Lebendtransporte sofort gestrichen werden und dürfen sich nur auf Kühlfleischtransport ausrichten.
- Die Republikaner fordern, die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung ökologischer und regional erzeugter Agrarprodukte lückenlos und transparent zu verzahnen.
- Republikaner sind für die Finanzierungszusage staatlicher Verbraucherkompagnien. Wir wollen eine bessere Aufklärung über die Wertigkeit heimischer landwirtschaftlicher Produkte starten mit dem Ziel, ein Umdenken der Verbraucher in Hinsicht auf die Preisleistung von Erzeugerqualität zu erreichen. Nur mit der Arbeit und den Investitionen angemessener Preise kann eine Landwirtschaftsproduktion gesunde Ernährung im eigenen Land sichern. Bei Einsatz von Pestiziden muss vor einer Zulassung gesichert werden, dass dies keine Schäden am Ökosystem nach sich zieht - wie es zum Beispiel das besorgniserregende Bienensterben durch den Einsatz spezieller Pestizide verheerenden Folgen verursachte.

Für landwirtschaftliche Betriebe muss in den Kommunen auch bei Erstellung neuer Bebauungspläne absoluter Bestandschutz gesichert werden.

23 Schulen

Wir Republikaner lehnen eine Gemeinschaftsschule ab. Sollte spezieller Bedarf auf Wunsch der Eltern vorliegen, muß dies regional geregelt werden. Ein späterer Wechsel zu weiterführenden Schulen ab der 6. Klasse wird nach leistungsdifferenzierter Entscheidung entsprechend des Leistungsbildes in verschiedene Schulzweige von den Republikanern befürwortet.

- Es muss die Zielsetzung sein, die Klassengröße an den Schulen auf maximal 22 Schüler zu reduzieren.
- Schulen in sozial schwachen Regionen müssen mit einer besseren finanziellen und personellen Ausstattung gefördert werden.
- Nach Bedarfsermittlung würden wir Betreuungszeiten an den Schulen ausbauen und die Möglichkeit auf Ganztagsbetreuung anbieten.
- Zum Abitur ist eine Wahlmöglichkeit zu schaffen und den Schulen, Eltern und Schülern die Wahl zwischen 12 und 13 Jahren bis zum Abschluss zu überlassen.
- Der Übergang von der Schule in den Beruf muss frühzeitig und mit mehr Praxisorientierung im Lehrstoff vorbereitet werden.
- Die Republikaner sichern gebührenfreien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen.
- Außerdem müssen – wenn behinderte Kinder auf Regel- statt auf Förderschulen gehen möchten – im Vorfeld die nötigen medizinischen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden.
- Noten sollten der individuellen Vielfalt der Kinder gerecht vergeben werden.
- Die Lehrerausbildung soll neu strukturiert werden und sich nicht an Schulformen, sondern an den Lernphasen der Kinder, orientieren.
- Bei notwendiger Abschaffung/Änderung von Schulbezirken für Grundschulen muss das zukünftig von den Kommunen eigenverantwortlich entschieden werden können.

Einseitige politische Beeinflussungen und Wertungen demokratischer Parteien muss an den Schulen untersagt werden, um den Schülern ein eigenes Meinungsbild zu ermöglichen. Klassen müssen nach Leistungsbefähigung ausgerichtet werden, um die Durchschnittsschüler nicht am Erreichen der Lernzielsetzung zu behindern.

24 Jugend und Zukunft

Priorität bei der Jugendarbeit hat für Republikaner die Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Erhöhung der Ausbildungsqualität und die Steigerung der Ausbildungsfähigkeit. Dazu müssen die Fördermittel des Sozialfonds (ESF) mit dem Ziel, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung effizienter zu nutzen, mit einer notwendigen Aufstockung nationaler Fördermittel zur Finanzierung unserer Innovation für die Jugend und deren Zukunft in Deutschland kombiniert werden.

Ziel der Förderung:

- Unsere Partei räumt arbeitsmarktpolitischen Initiativen zur Förderung der Ausbildung junger Menschen und zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit einen hohen Förderbedarf an Staatsmitteln ein.
- In diesem Konzept wird auch der Stärkung unseres Bildungssystems größte Bedeutung beigemessen.
- Im Vordergrund steht dabei einerseits der Übergang von der Schule in Ausbildung, andererseits der Übergang in Beschäftigung sowie in aufbauende Berufsbildungs-angebote. Zielsetzung ist, die Kompetenzen unserer Jugend zu fördern, um ihre individuellen Arbeitsmarktchancen zu stärken.
- Die Förderung der Ausbildung junger Menschen und der Abbau der Jugendarbeits-losigkeit ist für uns Republikaner ein Eckpfeiler zur Sicherung unser aller Zukunft.
- Weiter fordern die Republikaner, junge Menschen in ihrer politischen Meinungsfindung nicht weiter zu manipulieren, um unsere Jugend zu politischen Zwecken zu missbrauchen.
- Für die Schaffung von Ausbildungsplätzen müssen den ausbildungswilligen Betrieben die durch den Einsatz von Mehraufwendungen entstandenen Kosten über steuerliche Vergünstigungen honoriert werden.
- Bei verschiedenen Handwerksberufen muss die theoretische Ausbildung an den praktischen Kenntnisbedarf angepasst werden, um oft handwerklich sehr begabte Jugendliche, die aufgrund einer überfrachteten theoretischen Anforderung keinen Lehrabschluss erreichen, zu unterstützen.

Wir setzen uns für eine in allen Belangen gleiche Förderung der Weiterbildung bei Studienabgängern, wie auch aus Bereichen des Handwerks, ein. Der Jugendschutz, so unsere Vorstellung, muss endlich an die Realitäten der heutigen Zeit angepasst werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass Jugendlichen ab dem 18. Lebensjahr in allen Bereichen die volle Verantwortung zugebilligt werden muss.

25 Religion und Glaubensfreiheit

Wir Republikaner sehen Deutschland eingebunden in das christliche Abendland. Unsere Religionen, unser Glaube und unsere christliche Kultur müssen durch den Staat geschützt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen in der Öffentlichkeit oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung eines Ritus zu bekunden.

Der Artikel 18 der Menschenrechte beschreibt prägnant den politischen Grundsatz der Republikaner.

- Das Menschenrecht der Religionsfreiheit ist für uns ein sehr hohes, zu schützendes Gut. Republikaner sehen keine allgemein gültige Religionsdefinition. Das bedeutet, dass dieses Thema immer einer besonderen Sorgfaltspflicht bedarf.
- Unser Verständnis der verschiedenen Religionen differiert in der eigenen Historie einer jeden Religion und zwischen den verschiedenen Religionen.
- Religionsfreiheit und deren Ausübung ist nach unserem Verständnis eine konsequent zu schützende Privatangelegenheit, in der ein Gläubiger nach seiner Religion leben kann, ohne die demokratischen Rechte anderer zu verletzen.
- Differenziert dazu sehen wir Republikaner das muslimische Religionsverständnis, das in vielen Punkten mit unserer demokratischen Grundordnung und Verfassung nicht vereinbar ist.
- Der Islam versteht sich als ganzheitlich – und zwar in einem für uns Westeuropäer ausgesprochen negativen Sinne. Ein fundamentalistischer Muslim sieht seine Religion keineswegs als Privatangelegenheit, sondern als verbindliche - und mit Gewalt durchzusetzende - Richtschnur für alle.
- Konsequent befürwortet er die Errichtung eines Gottesstaates unter dem Diktat Allahs.
- Nach ihrer Interpretation hat sich alles nach der Scharia zu richten. Deshalb lehnen wir jede Art von staatlicher Unterstützung zum Nutzen der Ausbreitung der gegenüber Nicht-Muslimen intoleranten Philosophie mit Entschiedenheit ab.
- Nicht nur die demokratiefeindlichen Suren, sondern auch die Zitate der heutigen gewählten Führer sind entlarvend. Aussagen z.B. Beispiel Erdogan:
  Die Demokratie ist nur der Zug auf den wir aufsteigen bis wir am Ziel sind.
  Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.
- Es gibt noch viele weitere entlarvende Aussagen, wie: Demokratie ist wie eine Straßenbahn. Wenn du an deiner Haltestelle angekommen bist, steigst du aus.
- Die Prinzipien des Islam sind denen der Menschenrechte und der Glaubensfreiheit zum großen Teil diametral entgegengesetzt und verstoßen deshalb gegen die Glaubensfreiheit Andersgläubiger.

Die Umsetzung unserer Forderung, sich mit dem Islam offen und zur Aufklärung unserer Gesellschaft ohne Illusionen auseinanderzusetzen, um die schleichende Einführung der menschenverachtenden Scharia in unserem Land zu verhindern, ist einer unserer Programmpunkte zum Thema Religion und Religionsfreiheit.

26 Innere Sicherheit

Wir Republikaner wollen durch eine kompetent agierende Innenpolitik die Sicherheit und Freiheit der Bürger schützen. Der Personalabbau bei der Polizei muss dringendst gestoppt werden. Konzepte zur Altersstrukturentwicklung müssen schnellstens praxisorientiert erarbeitet und ein dazu notwendiges modernes Gesundheitsmanagement eingeführt werden.

- Transparenz und Überprüfbarkeit polizeilichen Handelns muss nachhaltig verbessert werden.
- Gewalt gegen Polizisten muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden.
- Die Republikaner wollen ein an der Zukunft orientiertes Sicherheitskonzept vorstellen, indem keine rechtsfreien Räume für jede Art von Gewalt und Terrorismus geduldet werden.
- Alle Kriminalitätsfelder müssen durch Täter-Zuordnung wieder auf eine den Tätergruppen und deren Herkunft ausgerichtete Prävention ausgerichtet werden, um zur wirksameren Kriminalitätsbekämpfung beizutragen.
- Die Einführung einer Bürgerpolizei (Blockwartprinzip) lehnen wir ab, da dies den Weg in die Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistungen ebnen und damit das Gewaltmonopol des Staates ausgehebelt würde.
- Auch den Einsatz der Bundeswehr zu polizeilichen Zwecken lehnen wir Republikaner entschieden ab.
- Einem Überwachungsstaat mit totaler Erfassung der Bürger, wie zum Beispiel durch das Scannen von Kfz-Kennzeichen und andere automatisierte Identifizierungsverfahren oder flächendeckende Videoüberwachung, kündigen wir unseren Widerstand an.
- Polizei und Geheimdienste müssen strikt voneinander getrennt bleiben.
- Wir wollen den Personalbestand bei Polizei und Gerichten deutlich erhöhen.

Die Aufgaben des Verfassungsschutzes müssen dringend modifiziert werden. Eine Zusammenarbeit/ Mitarbeit mit rechten, linken oder religiösen und anderweitig unsere Gesellschaft gefährdenden ideologischen Gruppen muss unter allen Umständen verhindert werden. Der bisher praktizierte Einsatz - nach Gutdünken der Regierenden in vielen Fällen mit selbstgestrickten Erkenntnissen getätigten Veröffentlichungen zum Schutz der etablierten Parteien muss - um den Verfassungsschutz wieder glaubwürdig zu machen - ein Ende gesetzt werden. Staatsorgane, die direkt oder indirekt in Terrorplanungen oder deren Umsetzung beteiligt waren, müssen mit den Tätern vor Gericht gestellt werden.

Foto: picture alliance /dpa

27 Senioren

Wir Republikaner wollen dem demografischen Wandel individuell und sozial gestaltend Rechnung tragen und die immer älter werdenden Menschen in unsere Gesellschaft integrieren. Senioren müssen alle Möglichkeit haben, so lange wie nur möglich ihren eigenen Haushalt zu führen und am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können.

- Das Rentenniveau muss deutlich über dem Existenzminimum liegen.
- Jeder muss das Recht haben, ohne Abstriche nach 45 Jahren Einzahlung unter Einschluss von Kindererziehung und Krankheitszeiten die volle Rente zu erhalten.
- Notwendige - den demografischen Veränderungen frühzeitig gerecht werdende - Planungen müssen verpflichtend auf allen kommunalen Ebenen erstellt werden.
- Der Beruf des Altenpflegers muss attraktiver gestaltet und finanziell dem Einsatz angepasst werden, um genügend Kapazitäten für die ambulante Pflege zu schaffen.
- Den sozialen Wohnungsbau, insbesondere den seniorengrechten Wohnungsbau, wollen wir verstärkt fördern.
- Ebenso muss bestehender Wohnraum im kommunalen Besitz vor Privatisierung geschützt werden.

Wir wollen stärke Anstrengungen durch Vergabe von Fördermittel unternehmen, um bestehende Immobilien behindertengerecht umzubauen und neue zu schaffen. Alten- Wohngemeinschafften (WG) sind in der Förderung mit Seniorenheimen gleichzusetzen.
Zur Sicherstellung durch den steigenden Bedarf an Vollpflegeplätzen muss eine Zukunftsplanung bis 2050 dringlichst in allen Regionen erstellt werden.

28 Verbraucherschutz

Die Republikaner wollen Kontrollen, Prüfverfahren und Organisationen stärken, um dem Verbraucher mehr Sicherheiten und Rechte zu geben. Verbraucherrechte sollen klarer – aber auch einfacher – definiert werden, möglichst ohne Ausnahmen und Sonderregeln.

- Die Republikaner fordern den flächendeckenden Ausbau des Verbraucherschutzes.
- Nachhaltig produzierte Waren und Dienstleistungen würden zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen und noch dazu gesundheitliche Risiken verringern.
- Die Verbraucherpolitik der Republikaner ist auf die Schutzbedürftigkeit aller Altersgruppen und Einkommen ausgerichtet. Bereits in den Schulen müssen, um elementare Kenntnisse in Ernährung, Medienkompetenz und Finanzen vermittelt zu bekommen - verstärkt Kurse angeboten werden.
- Zum Schutz sozial schwacher - oft Rentner - muss das schnelle Sperren der Stromzufuhr - gerade oft im Winter - bei Härtefällen gesetzlich untersagt werden.

- Wir Republikaner setzen das Recht auf Wärme zur Sicherung der Unversehrtheit des Menschen höher, als die Nicht-Pfändbarkeit eines Fernsehers oder Fahrzeugs.
- Wir setzen uns ein für strengere Kriterien zum Schutz der Verbraucher in allen Bereichen der Gastronomie und der Lebensmittelproduktion und des Handels.

29 Verkehr

Wir Republikaner streben eine verbesserte Förderung der Verkehrsverlagerung des Personen- und Güterverkehrs von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen an. Das aber reicht in einer Zeit der steigenden Mobilität nicht aus. Deshalb muss, um Verkehrssicherheit zu gewährleisten, auch weiter vor allem der Straßenausbau – wo es sinnvoll ist – finanziert werden.

- Wir werden den umweltfreundlichen Radverkehr fördern und das Radverkehrsnetz bei Bedarf weiter ausbauen.
- Der ÖPNV muss durch staatliche Unterstützung attraktiver für die Nutzer werden.
- Nach Planung der Republikaner werden Bahnstrecken nicht weiter stilllegelegt, aber die Reaktivierung bestehender Strecken soll verbessert gefördert werden.
- Unsere Wasserstraßen dürfen nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern vorrangig bei Ausbauplänen nach ökologischen und umweltverträglichen Kriterien beurteilt werden.
- Lärmschutzmaßnahmen müssen vor Ausführung besser nach Bedarf und Effizienz geprüft werden.
- Die Berücksichtigung der Interessen der Anwohner muss gestärkt werden.
- Unser Luftverkehrskonzept ist auf eine Reduzierung der Lärmbelästigung ausgerichtet. Dabei ist jedoch auch die Notwendigkeit verschiedener Flughafenausbaumaßnahmen sicher zu stellen.
- Einen Börsengang unseres wichtigsten öffentlichen Verkehrsmittels, der Deutschen Bahn, lehnen wir kategorisch ab.

Unser Konzept zur Verbesserung des Verkehrsflusses ist die Aufhebung des strikten Links- überholgebotes auf dreispurigen Autobahnen nach amerikanischem Vorbild. Die Jagd auf Verkehrssünder darf nicht weiter meist auf Abzocke ausgerichtet sein, sondern muss sich wieder auf Zonen und besonders gefährdete Stellen richten. Verkehrspädagogisches Handeln muss im Vordergrund stehen.

30 Wirtschaft

Die Republikaner wollen, dass die Wirtschaft sozial und marktwirtschaftlich ausgerichtet ist. Klimaschutz sehen die Republikaner als Chance für Wirtschaft und Forschung. Der technologische Fortschritt in allen Marktbereichen muss gefördert werden, insbesondere der Sektor der erneuerbaren Energien. Wir müssen alles daran setzen, weiter ein Exportland der Spitzengruppe zu bleiben, deshalb soll eine besondere Förderung von Neuinnovationen erfolgen.

- Wir wollen einen Risikopool für eine unbürokratische Starthilfe schaffen - ein Startkapital für Unternehmensstarter.
- Maßstab für unsere Wirtschaftspolitik ist der unternehmerische Erfolg, die langfristige Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung.
- Die nötige Infrastruktur zum Erhalt und Ausbau unseres Industriestandorts unter sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten muss gesichert werden.
- Planungsrecht und Genehmigungspraxis müssen in ihrem Zeitablauf modernisiert und verkürzt werden.
- Der Mittelstand - als wichtigster Partner der langfristigen Arbeitsplatzsicherung - muss im Bereich Ausbildungsarbeit über Steuervorteile unterstützt werden, ohne die Großindustrie zu vernachlässigen.
- Kommunale Betriebe, wie Stadtwerke usw., aber auch Handwerksbetriebe benötigen einen verbesserten Bestandsschutz.
- Auch bei neuen Medien und der Kreativwirtschaft würden wir die Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützen.

Fördermittel sollten nicht mehr in Wettbewerben vergeben werden. Die Mittel sollten dort eingesetzt werden, wo es im Land am meisten nützt. Die Mittelvergabe muss schneller, unbürokratischer, transparenter - aber auch gerechter - erfolgen.

www.rep.de

Schon mal für nichts GEZahlt?

Ab 2013 tun Sie das auf jeden Fall!

Nur noch Abzocke der Bürger im Gange!

Republikaner haben Klage beim Bayrischen Verfassungsgerichtshof gegen den Rundfunkgebührenstaatsvertrag eingereicht.

„Die Abzockerei der Bürger muss endlich ein Ende haben. Seit einigen Monaten wurde in unseren Veröffentlichungen immer wieder auf die zukünftigen gravierenden Angriffe auf die Privatsphäre der Bürger hingewiesen. Dies führte dazu, dass uns über 1.400 Menschen zur Einbringung einer Popularklage aufgerufen haben. Keine andere Partei hat sich auf die Seite der Benachteiligten stellen wollen, aus Angst vor der Macht der Medien", begründet der geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei „Die Republikaner" Johann Gärtner die Klage seiner Partei. Diese ist notwendig und kann nur durch uns erfolgen, so Gärtner, weil unsere Partei nicht im Kumpaneisumpf der Rundfunkräte verstrickt ist und wir für die Interessen der Bürger und deren Schutz der Privatsphäre eintreten.

DEMOKRATISCHE RECHTE.

DIE REPUBLIKANER REP

www.rep.de

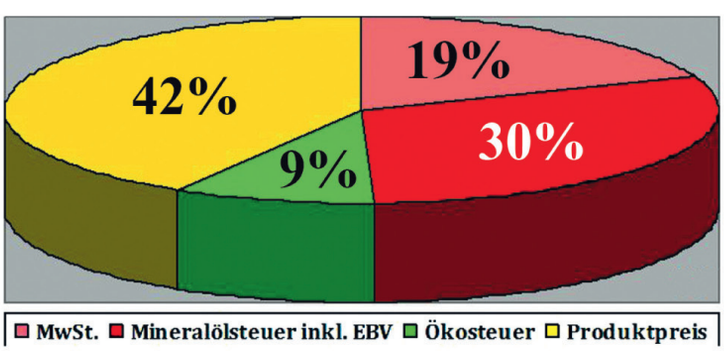
ABZOCKE AN DEN ZAPFSÄULEN **STOPPEN!**
EXPLOSION DER BENZINPREISE **STOPPEN!**
UNSINNIGE ÖKOSTEUER SOFORT **ABSCHAFFEN!**

DIE REPUBLIKANER REP

Wir Bürger und Autonutzer, liebe Politiker, werden 2013 über Eure Zukunft abstimmen.

„WAHLTAG IST ZAHLTAG“

Wer unsere Existenz und Zukunft verspielt hat, hat in der Politik auch kein Anrecht auf seine Zukunft!!



www.rep.de

DIE REPUBLIKANER REP